

## **Antrag**

**der Abgeordneten Dietmar Friedhoff, Markus Frohnmaier, Ulrich Oehme, Marc Bernhard, Stephan Brandner, Marcus Bühl, Matthias Büttner, Tino Chrupalla, Joana Cotar, Peter Felser, Albrecht Glaser, Wilhelm von Gottberg, Kay Gottschalk, Dr. Heiko Heßenkemper, Nicole Höchst, Martin Hohmann, Dr. Marc Jongen, Stefan Keuter, Norbert Kleinwächter, Enrico Komning, Jörn König, Dr. Rainer Kraft, Rüdiger Lucassen, Andreas Mrosek, Tobias Matthias Peterka, Uwe Schulz, Thomas Seitz, René Springer, Dr. Harald Weyel, Dr. Christian Wirth, Uwe Witt und der Fraktion der AfD**

### **Den afrikanischen Binnenmarkt stärken – Chancen für die deutsche Wirtschaft nutzen – Migration stoppen durch eine reale „Perspektive Heimat“**

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Afrika birgt große Potentiale, die weit über den Ressourcenreichtum hinausgehen: etwa die Hälfte der 20 am schnellsten wachsenden Volkswirtschaften liegt dort. Die Bevölkerung Afrikas wird sich bis zum Jahr 2050 auf 20 Prozent der Weltbevölkerung verdoppeln. Schon ab dem Jahr 2035 wird Afrika das größte Arbeitskräftepotential weltweit besitzen; gleichzeitig bestehen ordnungspolitische Hemmnisse dieses Potential auch auszuschöpfen ([www.entwicklungsdienst.de/news/news/afrika-ist-chancenkontinent/](http://www.entwicklungsdienst.de/news/news/afrika-ist-chancenkontinent/)).

Sowohl auf kontinentaler als auch auf regionaler Ebene entsteht in Afrika eine synergetische Dynamik, die sich aus dem Willen der Afrikaner speist, ihre Entwicklung durch eine selbstbestimmte Politik voranzutreiben. Eine entsprechende Unterstützung von deutscher Seite zur Schaffung eines funktionierenden afrikanischen Binnenmarktes ist nach Ansicht der Antragsteller somit von zentraler Bedeutung nicht nur in Hinblick auf die Entwicklung in Afrika, sondern auch, um Migrationsströme und Abwanderung von Fachkräften aus Afrika zu unterbinden.

Am Beispiel der 1957 gegründeten EWG zeigt sich, dass eine allumfassende wirtschaftliche Integration der Mitgliedstaaten in Europa zur Schaffung eines gemeinsamen Marktes und schrittweise Harmonisierung aller für das Funktionieren des gemeinsamen Marktes wichtigen Wirtschaftspolitikbereiche auch beispielhaft für eine afrikanische Entwicklung zuträglich sein kann.

Auch die Westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft ECOWAS, welche 1975 mit dem Ziel, die wirtschaftliche Zusammenarbeit in Westafrika zu fördern, gegründet wurde, zeigt beispielhaft erste erfolgversprechende Schritte. Sie ist die älteste und aktivste

regionale Wirtschaftsgemeinschaft auf dem afrikanischen Kontinent. Deutschland unterstützt die Regionalorganisation im Rahmen ihrer Entwicklungszusammenarbeit seit dem Jahr 1985 ([www.bmz.de/de/presse/aktuelleMeldungen/2018/september/180919\\_Bundesregierung-unterstuetzt-regionale-Integration-in-Westafrika/index.html](http://www.bmz.de/de/presse/aktuelleMeldungen/2018/september/180919_Bundesregierung-unterstuetzt-regionale-Integration-in-Westafrika/index.html)).

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. die ordnungspolitischen Bemühungen der afrikanischen Staaten zur Schaffung eines gemeinsamen Binnenmarkt im Rahmen der deutschen wirtschaftlichen Zusammenarbeit noch stärker als bisher zu fördern und mit unserem Wissen zu unterstützen,
2. zu dem Zweck der ordnungspolitischen Ausgestaltung dieses afrikanischen Binnenmarktes diesen insbesondere bei der Verbesserung der regionalen Investitions- und Handelsstandards im Rahmen der deutschen wirtschaftlichen Zusammenarbeit aktiv und zielgerichtet zu unterstützen,
3. den wirtschaftlichen Auf- und Ausbau des afrikanischen Binnenmarktes in Verbindung mit der deutschen Privatwirtschaft unter Einbeziehung der afrikanischen Regierungen und der afrikanischen Privatwirtschaft im Rahmen der deutschen wirtschaftlichen Zusammenarbeit zu forcieren und im Interesse Deutschlands mitzugestalten,
4. die Staaten der ECOWAS-Währungszone im Zuge der Einführung der westafrikanischen Gemeinschaftswährung „Eco“ im Rahmen der deutschen wirtschaftlichen Zusammenarbeit zu beraten und auf die Gefahren einer Gemeinschaftswährung hinzuweisen,
5. darauf hinzuwirken, die ökonomischen Chancen, die sich aus dieser Entwicklung ergeben, zu nutzen, um Unternehmertum, Handel und Investitionen innerhalb des afrikanischen Kontinents im Interesse Deutschlands auszubauen, um auch für die deutsche Wirtschaft den afrikanischen Kontinent als Absatzmarkt zu erschließen,
6. durch eine konzentrierte, zielführende und realistische wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Afrika die Abwanderung afrikanischer Fachkräfte durch die Stärkung des afrikanischen Binnenmarktes nach Europa zu unterbinden,
7. durch diese Maßnahmen den afrikanischen Kontinent zu einem nachhaltigen Wachstum zu befähigen und die Eigenverantwortung der afrikanischen Staaten stärker als bisher herauszustellen.

Berlin, den 8. November 2019

**Dr. Alice Weidel, Dr. Alexander Gauland und Fraktion**

## Begründung

Angesichts der ökonomischen Fragmentierung, die den gesamten afrikanischen Kontinent kennzeichnet, bleibt auch Afrika hinter seinem Potential zurück. So besteht diese Region aus Ländern, deren nationale Märkte zu klein sind, um Größenvorteile zu erzielen, welche es ihnen ermöglichen ein robustes und tragfähiges Wirtschaftswachstum zu erzielen, das Menschen dauerhaft zu Arbeitsplätzen verhilft. Zum Beispiel haben die Mitglieder der Wirtschaftsgemeinschaft Westafrikanischer Staaten (ECOWAS) sich daher für das Jahr 2020 das Ziel gesteckt, eine prosperierende Region zu gestalten, in der die Menschen ohne Handelsbarrieren in Frieden und Wohlstand leben können. Zu den tragenden Säulen des westafrikanischen Strategieplans, die sich aus dieser Vision ergeben, gehören unter anderem die Vertiefung der wirtschaftlichen und monetären Verflechtung und die Konsolidierung der Mechanismen für die Eingliederung in den Welthandel ([www.ecowas.int/a-propos-de-la-cedeao/vision-2020/?lang=fr](http://www.ecowas.int/a-propos-de-la-cedeao/vision-2020/?lang=fr)).

Die Antragsteller begrüßen diesen selbstbestimmten Zusammenschluss, um Entwicklungshemmnisse zu überwinden und wirtschaftlich zu wachsen. Nach ihrer Ansicht ergibt sich aus dieser Entwicklung eine große Chance für die Bundesrepublik Deutschland, indem sie künftig durch einen verstärkten Handel mit diesem Währungsraum, an seinem Wachstum teilhaben kann. Eine zu nutzende Gelegenheit in dieser Hinsicht ist die beratende Unterstützung den afrikanischen Binnenmarkt zu gestalten. Insbesondere kann die Bundesrepublik Deutschland im Rahmen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit einen entscheidenden Beitrag leisten und an bisherige Maßnahmen anknüpfen ([www.bmz.de/de/presse/aktuelleMeldungen/2018/september/180919\\_Bundesregierung-unterstuetzt-regionale-Integration-in-Westafrika/index.html](http://www.bmz.de/de/presse/aktuelleMeldungen/2018/september/180919_Bundesregierung-unterstuetzt-regionale-Integration-in-Westafrika/index.html)).

Nach Ansicht der Antragsteller trägt die Unterstützung zur Schaffung eines funktionierenden afrikanischen Binnenmarkts zu einer Verbesserung der handelspolitischen Voraussetzungen bei, deutschen Unternehmen einen Marktzugang zu verschaffen. Die Chancen stehen hier günstig, denn die neuen regionalen Investitionsnormen und Standards der ECOWAS-Wirtschaftsgemeinschaft sehen eine Abschaffung von regulatorischen Überschneidungen, Lücken, Unvereinbarkeiten und veralteten Maßnahmen vor. Insbesondere Bürokratieabbau und Rechtssicherheit sind hier zu nennen ([www.ecowas.int/a-propos-de-la-cedeao/vision-2020/?lang=fr](http://www.ecowas.int/a-propos-de-la-cedeao/vision-2020/?lang=fr)).

Diese ordnungspolitischen Bemühungen nehmen bereits in konkreten Projekten Gestalt an, von denen deutsche Unternehmen profitieren können. So stellt aus regionaler Perspektive der Aufbau von Infrastrukturen, die diese wirtschaftliche Entwicklung unterstützen können, eine Priorität dar. Diese Infrastrukturprojekte dienen der konkreten Verbindung der Staaten untereinander in den Bereichen des Straßenbaus, der Telekommunikation, der Energieversorgung sowie des See- und Luftverkehrs. Diese Vorhaben gipfeln in einem Masterplan der ECOWAS-Staaten, der beispielsweise eine Erhöhung der Energiegewinnung auf mehr als 10.000 Megawatt bis zum Jahr 2020 vorsieht. Mehrere hydraulische und thermische Kraftwerke befinden sich derzeit im Bau. Insbesondere soll damit eine stärkere Vernetzung zwischen den hoch fragilen CLSG-Ländern – Côte d'Ivoire, Liberia, Sierra Leone und Guinea – erreicht werden. Geplant ist zudem der Ausbau der maritimen Gaspipeline nach Mauretanien und Marokko, die Nigeria derzeit mit Ghana verbindet. Im Verkehrsbereich sollen die Staaten der Region von West nach Ost verbunden werden, insbesondere durch den Bau der Küstenstraße, die Dakar mit Lagos verbinden wird und der transsaharischen Straße von Dakar nach Kano im Norden Nigerias. Mehrere Abschnitte dieser Straßen sind bereits in Betrieb. Im Bereich der Telekommunikation ist ein großes regionales Projekt für die Glasfaserverbindung nahezu abgeschlossen. Mit Hinblick auf den Luftverkehr wurden die Vorschriften harmonisiert, um die Verkehrssicherheit zu gewährleisten. Schließlich arbeitet die Region hinsichtlich des Seeverkehrs an der Gründung eines regionalen Küstenschiffahrtsunternehmens, um eine Alternative zum Straßenverkehr entlang der Küste anzubieten und die Kosten zu senken ([www.ecowas.int/ecowas-sectors/infrastructure/](http://www.ecowas.int/ecowas-sectors/infrastructure/)). Es bieten sich nach Sichtweise der Antragsteller hier mannigfache Möglichkeiten an diesen Projekten bzw. an diesem Wachstum teil zu haben.

Die Antragsteller fordern die Bundesregierung daher im Sinne einer deutschen Afrikapolitik, welche endogene Potentiale der Partnerländer bzw. -regionen zu seinem Wesenskern macht und die Souveränität der jeweiligen Partner wertschätzt, auf, die selbstbestimmte Konstituierung eines westafrikanischen Binnenmarktes zu unterstützen. Damit ist letztlich nicht nur Afrika geholfen, sondern im Sinne einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit auf Augenhöhe auch der Bundesrepublik Deutschland.

